

# **Satzung der Bürgerinitiative „Gegen Deichrückbau im Inselnorden“ e.V.**

## **§ 1**

### **Name und Sitz**

1. Die Bürgerinitiative führt den Namen „Gegen Deichrückbau im Inselnorden“ e.V.. Der Sitz ist die Adresse des/der Vorsitzenden.

## **§ 2**

### **Zweck und Mittelverwendung**

1. Ziel der Bürgerinitiative ist es, den geplanten Deichrückbau zwischen Karlshagen und Peenemünde zu verhindern. Dabei ist es vorrangige Aufgabe, die unabsehbaren Folgen für den Hochwasserschutz und die damit verbundene Gefahr für eine Hebung des Grundwasserspiegels zu verhindern und die gegenwärtigen natürlichen Bedingungen im betroffenen Bereich zu erhalten. Zur Erreichung des Satzungszweckes wird der Verein Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung der Medien, öffentliche Veranstaltungen mit Fachleuten und durch Einbindung von Bürgermeistern und Gemeindevertretern durchführen. Der Verein wird Unterschriften sammeln, um den Politikern auf Kreis- und Landesebene die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln.
2. Die Bürgerinitiative verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Die Bürgerinitiative ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder und der/die Vorsitzende sowie seine Stellvertreter/in erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins, oder bei Wegfall des bisherigen Vereinszwecks, fällt das Vereinsvermögen jeweils zur Hälfte an die Jugendfeuerwehr Karlshagen und an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

## **§ 3**

### **Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

## **§ 4**

### **Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Vereinsmitglied kann jede juristische Person und jede natürliche Person werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat.
2. Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand zu richten ist. Dieser entscheidet über die Aufnahme. Bei Minderjährigen ist der Antrag auch von dem gesetzlichen Vertreter zu unterschreiben.
3. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluss oder Austritt aus der Bürgerinitiative.
4. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand und ist jederzeit ohne Einhaltung von Fristen möglich.
5. Der Ausschluss eines Mitgliedes kann auf Antrag des Vorstandes durch Beschluss der Mitgliederversammlung erfolgen, wenn das Mitglied in schuldhafter Weise durch sein Auftreten oder Handeln dem Ansehen der Bürgerinitiative schadet oder die Interessen der Bürgerinitiative verletzt. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von mehr als 50 % der gültigen Stimmen.

## **§ 5 Mitgliedsbeiträge**

1. Die Bürgerinitiative finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Zuwendungen und sonstigen Einnahmen. Näheres regelt die Beitragsordnung, die durch die Mitgliederversammlung beschlossen wird.
2. Aufnahmegebühren werden nicht erhoben.

## **§ 6 Organe der Bürgerinitiative**

Die Organe des Vereines sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und der Beirat.

## **§ 7 Mitgliederversammlung**

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) findet jährlich bis zum 31.03. eines jeden Jahres statt. Der Vorstand hat eine Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn das Interesse des Vereines dies erfordert.  
Sie beschließt über:
  - a) Satzungsänderungen,
  - b) die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie deren Entlastung,
  - c) die Beitragsordnung,
  - d) den Ausschluss eines Mitgliedes,
  - e) die Wahl des Beirates,
  - f) die Wahl von 2 Kassenprüfern,
  - g) die Auflösung der Bürgerinitiative und die Verwendung des Vermögens.
2. Der Vorstand beruft die Mitgliederversammlung durch öffentliche Einladung der Mitglieder im Amtsblatt unter Angabe der Tagesordnung ein. Die Einladung ergeht mindestens 2 Wochen vor der Versammlung. Der Vorstand schlägt die Tagesordnung vor, die durch Beschluss der Mitgliederversammlung ergänzt und geändert werden kann.
3. Anträge an die Mitgliederversammlung müssen mindestens 7 Tage vor der Mitgliederversammlung schriftlich an den Vorstand übersendet werden.
4. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 10 Prozent des ordentlichen Mitgliederbestandes anwesend sind. Bei Beschlussunfähigkeit beruft der Vorstand eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung ein, die ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist, hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
5. Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von dem/der stellvertretenden Vorsitzenden geleitet.
6. Die Mitgliederversammlung beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, durch die die Satzung oder der Zweck der Bürgerinitiative geändert werden, und Beschlüsse über die Auflösung der Bürgerinitiative bedürfen einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.
7. Über die Verhandlungen der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, welches von dem Protokollführer/der Protokollführerin zu unterschreiben ist. Ort und Zeit der Versammlung sind anzugeben. Beschlüsse sind unter Angabe des Abstimmungsergebnisses festzuhalten. Das Protokoll muss den Mitgliedern innerhalb von 2 Monaten zugänglich sein; Einwendungen können nur innerhalb eines Monats nachdem das Protokoll zugänglich gemacht worden ist, erhoben werden.
8. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn mindestens 20 % der Mitglieder dies unter Angabe des Grundes und des Zweckes schriftlich gegenüber dem Vorstand verlangen.

## **§ 8 Vorstand**

1. Der Vorstand der Bürgerinitiative i.S. des § 26 BGB besteht aus:
  - a) dem/der Vorsitzenden,
  - b) dem/der stellvertretenden Vorsitzenden,
  - c) dem Schatzmeister / der Schatzmeisterin,
  - d) dem 1. und 2. Schriftführer / der 1. und 2. Schriftführerin,
  - e) und mindestens drei Beisitzern.
2. Die Bürgerinitiative wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes jeweils gemeinsam vertreten. Für Rechtshandlungen, die einen Gegenstandswert von mehr als 1.000 € haben, ist die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 2 Jahren gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt. Die Mitglieder des Vorstandes sind einzeln zu wählen. Sofern ein Vorstandsmitglied während der Amtszeit ausscheidet, ist eine Nachwahl der freien Position durchzuführen.
4. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten der Bürgerinitiative zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ des Vereines übertragen sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
  - a) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung,
  - b) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
  - c) Vorbereitung des Jahresabschlusses,
  - d) Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern.
5. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in Sitzungen, die von dem/der Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von dem/der stellvertretenden Vorsitzenden einberufen werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 seiner Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

## **§ 9 Beirat**

1. Der Beirat hat die Aufgabe, dem Vorstand beratend zur Seite zu stehen und in besonderen Aufgabenbereichen, die dem Vorstand obliegen, auf dessen Weisung nach außen tätig zu werden. Ihm sollen besonders sachkundige Personen angehören, die nicht Mitglieder der Bürgerinitiative sein müssen.
2. Der Vorstand beruft die Mitglieder des Beirates.

## **§ 10 Kasse der Bürgerinitiative**

1. Der Schatzmeister/die Schatzmeisterin hat die ordnungsgemäße Verwendung des Vermögens der Bürgerinitiative im Rahmen des Zweckes sicherzustellen. Er/sie hat der Jahreshauptversammlung Rechenschaft über die Verwendung des Vermögens der Bürgerinitiative sowie über die Kassenführung zu geben.
2. Die Prüfung der Kasse erfolgt durch die Kassenprüfer mindestens einmal im Jahr. Die Kassenprüfer schlagen der Jahreshauptversammlung die Entlastung des Vorstandes vor.

## **§ 11 Auflösung der Bürgerinitiative**

1. Die Auflösung der Bürgerinitiative erfolgt nach Wegfall des Zweckes in einer Mitgliederversammlung.
2. Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der/die Vorsitzende und der/die stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
3. Das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vermögen ist nach Maßgabe des § 2 Abs. 4 zu verwenden.
4. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grunde aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

## **§ 12 Inkrafttreten**

1. Die Satzung wurde in der Mitgliederversammlung vom 5. Dezember 2008 beschlossen und tritt mit Wirkung vom 5. Dezember 2008 in Kraft.

## **Beitragsordnung der „Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden“ e.V.**

### **§1 Beitragshöhe**

Der jährliche Beitrag beträgt für die Mitglieder des Vereines 12 €. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Studenten und Schüler können auf Antrag von der Beitragspflicht befreit werden. Der Beitrag kann nicht zurückgefordert werden. Die Beitragspflicht beginnt am 1. Januar 2009.

### **§2 Fälligkeit**

Der Beitrag ist innerhalb von 4 Wochen nach Beitritt, ansonsten jeweils am Beginn eines jeden Geschäftsjahres fällig. Der Beitrag erniedrigt sich bei Eintritt nach dem 30.6. eines Jahres um die Hälfte. Der Beitrag ist auf das Konto Nr. 350 7246 bei der Volksbank Wolgast, BLZ 130 610 08 einzuzahlen.